

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 7

Postversandort Bonn

Bonn, im Juli 1956

INHALT

VERFÄLSCHUNG DER SYNODE von Eberhard Müller S. 1	PFLICHT UND AUFGABE DES EVANGELISCHEN CHRISTEN IN DER POLITIK Landesbischof Lilje und Bundeskanzler Adenauer vor der Hermann Ehlers- Gesellschaft S. 6
DAS PROBLEM DES KLERIKALISMUS von Wilhelm Kasch S. 4	DROHENDE AUSSENPOLITISCHE GEFAHREN von Ernst Müller-Hermann S. 8
WAS DEM STAAT NOT TUT von Gerhard Schröder S. 5	

VERFÄLSCHUNG DER SYNODE

von D. Dr. Eberhard Müller

Bei dem hier veröffentlichten Beitrag handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ausführungen, die der Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, D. Dr. Eberhard Müller, Mitglied der Synode der EKD, anlässlich einer unter dem Thema „Unsere Sorge um den Weg der Kirche“ von evangelischen Gemeindegliedern einberufenen Versammlung am 23. Juli d. J. in Bonn machte.
Die Red.

Am 7. Juli kam es im Rahmen einer Veranstaltung des Evangelischen Akademie-Arbeitskreises Bonn zu einer heftigen Auseinandersetzung über die Vorgänge bei der Behandlung der Wehrpflichtfrage auf der Berliner Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Von Seiten eines Synodalen wurde erneut die Behauptung aufgestellt, daß eine Mehrheit der Synodalen sich gegen die Wehrpflicht entschieden habe. Dies gehe insbesondere auch aus einer während der Synode veranstalteten Unterschriftensammlung hervor.

Da mir als Mitglied des Vorbereitenden Ausschusses der Synode sowie als Mitglied des Ausschusses „Einheit des Volkes“, der sich mit der Wehrfrage zu beschäftigen hatte, alle Einzelheiten bekannt waren, sah ich mich veranlaßt, dieser in der Öffentlichkeit bereits weitgehend verbreiteten Behauptung aufs entschiedenste zu widersprechen. Im Anschluß daran wurde ich von Bonner Gemeindegliedern gebeten, meine Auffassung in einer besonderen Versammlung ausführlich darzulegen. Nach genauer Erkundigung aller, auch der hin-

tergründigen Tatbestände und nach langem Überlegen habe ich mich entschlossen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Dabei wurde ich von folgenden Erwägungen geleitet:

1. Es war mir klar, daß durch die im folgenden geschilderten Tatbestände eine Anzahl angesehener Synodaler, denen gegenüber ich mich trotz aller Gegensätze zur Brüderlichkeit verpflichtet weiß, nicht unerheblich belastet wird.
2. Es war mir klar, daß die Aufdeckung der nicht gerade rühmlichen Zusammenhänge das Ansehen der Kirche in den Augen mancher Menschen herabsetzen kann.
3. Demgegenüber stand die Überzeugung, daß es nicht einfach im internen Kreis abgemacht werden darf, wenn andere durch schuldhaftes Mißverständnisse in Verwirrung gestürzt werden und zu Schaden kommen. Es ist eine Pflicht christlicher Redlichkeit, sie über die wahren Tatbestände ins Bild zu setzen.

4. Mir selbst wurden wegen meines o. a. Widerspruchs Proteste zugeleitet, die ich nicht abwehren kann, ohne die wahren Tatbestände aufzudecken.
5. Insbesondere ist die Bedeutung der Unterschriftsleistung von 62 Synodalen nur dann ins richtige Licht zu rücken, wenn die ganzen Zusammenhänge in aller Offenheit dargelegt werden.
6. Der jahrelange Versuch, den Eindruck einer kirchlichen Stellungnahme gegen bewaffnete Streitkräfte in der Öffentlichkeit zu erwecken, der insbesondere von dem Kreis um die „Stimme der Gemeinde“ betrieben wurde, ist in der Öffentlichkeit nicht ohne Wirkung geblieben. Es ist der Anschein entstanden, als ob die maßgeblichen kirchlichen Gremien aus christlicher Verpflichtung den Wehrdienst in der Bundesrepublik ablehnen. Diese Meinung kann äußerst gefährliche Folgen für die Zukunft unseres Volkes haben; denn es steht zu erwarten, daß Tausende von jungen Menschen unter Berufung auf ein solches Votum den Soldatendienst verweigern, ohne aus eigener Gewissensüberzeugung dazu gezwungen zu sein. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß daraus geradezu revolutionäre Akte gegen bevorstehende Einberufungen entstehen können und daß solche Akte von dem Kreis um Mochalski geradezu angestrebt werden. Er bedient sich in diesem Zusammenhang fortlaufend falscher öffentlicher Aussagen über angebliche Stellungnahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Diese Gründe schienen mir so wichtig, daß ich mich für verpflichtet hielt, die unter 1. und 2. genannten Bedenken hintanzustellen und folgendes mitzuteilen:

Seit einem Jahrzehnt versucht eine kirchliche Minderheit, bestimmte politische Auffassungen zur Frage der Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung Deutschlands gegen den Willen der Mehrheit zum Gegenstand kirchlicher Stellungnahmen zu machen. Da ihr dies auf direktem Wege regelmäßig mißlingt, wird jedesmal der Umweg über mehrdeutige Formulierungen gewählt, die dann in der Öffentlichkeit — entgegen den Absichten der beschlußfassenden Organe — politisch ausgewertet werden. So ist es dieser Gruppe allmählich gelungen, in der Öffentlichkeit das Gefühl zu erwecken, als sei die Evangelische Kirche in Deutschland der Überzeugung, daß die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte in der Bundesrepublik entbehrlich, ja unheilvoll und um des Gewissens willen zu verwerfen sei. Wir müssen leider feststellen, daß dieser Eindruck nicht nur durch ein Mißverständnis zustande gekommen ist. Bedenkliche Folgen hat dieser Tatbestand vor allem auch für die Berichterstattung über die evangelische Kirche in der sowjetisch gesteuerten Propaganda.

Eines der ersten Beispiele dieser Art ereignete sich während des Evangelischen Kirchentages in Essen im Jahre 1950: Während dieses Kirchentages fand eine Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland statt. Der Hintergrund des Kirchentages bot eine besondere Publizität. Der Rat war schwach besetzt. Die Bischöfe Meiser und Lilje waren nicht anwesend. Im Verlauf dieser Sitzung beantragten Niemöller und Heinemann, der Rat solle ein Wort gegen die Wiederbewaffnung sprechen. Sie fanden aber selbst bei der schwachen Besetzung des Rates keine Mehrheit für ein direktes Wort gegen die Wiederbewaffnung. Man war sich nur darin einig, daß es nicht der Auftrag der Kirche sein könne, die Wiederbewaffnung zu empfehlen. Die Freunde um Heinemann drängten infolgedessen darauf, dann wenigstens dieses Nicht-empfehlen-Können auszusprechen. So beschloß man die Formulierung: „Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir nicht das Wort reden, weder was den Osten, noch was den Westen anlangt.“

Ähnliche Formulierungen sind vor allem mit Rücksicht auf die Brüder im Osten und um des innerkirchlichen Friedens willen in der Zwischenzeit noch mehrfach beschlossen worden. Erst die letzte Außerordentliche Tagung der Synode in Berlin brachte die ganze Hintergrundigkeit und Gefährlichkeit dieser Entwicklung allen Synodalen voll zum Bewußtsein. Viele Synodale erkannten nach dieser Synodaltagung, welch' eine schwere Verantwortung alle diejenigen auf sich laden, die immer wieder versuchen, gegen den Willen der Synode den Anschein kirchlicher Stellungnahmen zu politischen Sachfragen in der Öffentlichkeit zu erwecken. Und man muß leider auch sagen, daß es auf der Berliner Tagung sogar zu Machenschaften gekommen ist, die im kirchlichen Raum sonst kaum denkbar sind.

Am zweiten Tag, dem 28. Juni, tagten die Ausschüsse, die die Beschlüsse der Synode vorzubereiten hatten. Der rheinische Synodale Locher brachte in dem dafür zuständigen Synodalausschuß, der nahezu ein Drittel aller Mitglieder der Synode umfaßte, einen Antrag gegen die Wehrpflicht ein. Der Antrag lautete: „Die Synode bittet die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, sowie den Bundestag und die Volkskammer, von der Einführung einer Wehrpflicht in einem geteilten Deutschland Abstand zu nehmen und sich bis zur Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes über eine Begrenzung der beiderseitigen bewaffneten Kräfte zu verständigen.“ Der Antrag wurde nach kurzer Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt. In der Debatte hatten aber einige Vertreter aus dem östlichen Teil der EKD mit bewegten Worten ihrer Besorgnis über Rückwirkungen einer Wehrpflicht auf die Verhältnisse in der DDR Ausdruck gegeben. Sie baten, doch dafür zu sorgen, daß ihre Gesichtspunkte in Bonn bekannt würden. Diesem Wunsche trug der Ausschuß Rechnung, indem er dem Plenum vorschlug, eine Kommission nach Bonn zu entsenden mit dem Auftrag: „Bundesregierung und Bundestag der Bundesrepublik Deutschland von den schweren Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen über die Rückwirkung der Einführung einer Wehrpflicht auf die Verhältnisse in der DDR geäußert worden sind“. Ein ähnlicher Schritt sollte in Pankow gegen die heute schon in der DDR geübten Nötigungen zum Wehrdienst unternommen werden. Die Annahme dieses Vorschlags im Ausschuß war der Ausgangspunkt für eine Entwicklung, an deren Ende der falsche Anschein stand, als habe sich eine Mehrheit der Synode gegen die Wehrpflicht entschieden.

Die Ausweitung dieses rein seelsorgerlich gedachten Beschlusses zu einer politischen Aktion ereignete sich auf folgende Weise: Zunächst wurde der Antrag gestellt, den drei Brüdern aus dem Osten, die die erwähnte Kommission bilden sollten, auch einige Synodale aus dem Westen beizugeben. Demgegenüber wies ich im Ausschuß darauf hin, daß dadurch leicht der Anschein entstehen könne, als ob die Kommission den Auftrag habe, schlechthin Bedenken der Synode gegen die Wehrpflicht vorzutragen. Wenn also zwei Vertreter aus dem Westen beigegeben würden, müßten sie, um diesen falschen Eindruck zu vermeiden, aus dem Kreis derer gewählt werden, die eine kirchliche Demarche gegen die Wehrpflicht ablehnten. Obwohl dieser Auffassung aus dem Kreis der rheinischen Synodalen heftig widersprochen wurde, faßte der Ausschuß seinen Beschluß mit großer Mehrheit im Sinne meines Antrags. Es sollte unter allen Umständen der Eindruck verhindert werden, als habe die Kommission den Auftrag, namens der Synode gegen die Einführung der Wehrpflicht grundsätzliche Bedenken vorzubringen (die Kommission hat ihren Auftrag nach der Synode auch

EVANGELISCHER ARBEITSKREIS DER CDU/CSU

In der Bundestagsdebatte am Freitag, dem 6. Juli 1956 — 3. Lesung des Wehrpflichtgesetzes — machte der Abgeordnete Adolf Cillien Ausführungen zu dem Thema „Kirche und Parlament“. Diese Ausführungen sind in der Presse nicht immer richtig widergegeben worden. Da außerdem vielfach der Wunsch geäußert wurde, über den gesamten Wortlaut unterrichtet zu werden, veröffentlichen wir nachstehend einen Auszug aus dem Original-Protokoll der genannten Sitzung:

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat der Abgeordnete Cillien.

Cillien (CDU/CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nicht die Absicht, mich in die Reihe der Wehrexperthen einzufügen. Ich habe aber auch nicht die Absicht, parlamentarische Belehrungen zu erteilen, obwohl ich seit dem ersten Tage meiner parlamentarischen Arbeit nicht davon überzeugt bin, daß alle **parlamentarischen Formen** geeignet und zweckmäßig sind, sondern manches Unzweckmäßige und Unbefriedigende einfach mitgeschleppt wird. Die vorgestrige Diskussion hat mich darin nur bestärkt. Ich habe es vom ersten Tage an nicht verstanden, daß unmittelbar nach den Ausführungen der **zweiten Lesung Abstimmungen** vorgenommen werden. Denn die zweite Lesung ist doch die Gelegenheit, wo man zum ersten Male über die oft monatelangen Beratungen der Ausschüsse authentisch unterrichtet wird. Ich erkläre für meine Person, daß ich dabei durchaus bereit bin, auch von der Opposition gewichtige Gründe entgegenzunehmen, sie noch einmal zu durchdenken und mit meinen Freunden zu besprechen. Es wäre mir sehr viel lieber, wenn dann die Abstimmung an einem nächsten Tage stattfinden würde.

Ich habe die Absicht, nur zu drei Punkten zu sprechen, die unter das Gesamthema „Kirche und Parlament“ gestellt werden können. Ganz gegen meinen Wunsch ist in diesen Tagen mehrfach die **Stellungnahme von Gremien der evangelischen Kirche** zitiert worden, und zwar durchaus nicht immer in zutreffender Weise. Ich habe nicht die Absicht, meine persönliche Meinung dazu zu sagen,

(Zuruf von der SPD: Das wäre wichtig!)

sondern ich habe mir soeben schon von dem Herrn Präsidenten die Genehmigung geben lassen, authentisch aus Schriftstücken zu zitieren.

Es handelt sich zunächst um den **Besuch der Synodalen** am vergangenen Montag. Wie falsch die Berichterstattungen sein können, mögen Sie aus folgendem ersehen. In einer Zeitung aus einer Großstadt der Bundesrepublik wurde gemeldet, daß bei dem Besuch der Synodalen beim Herrn Bundestagspräsidenten auch Sie, Herr Vizepräsident, und mein Kollege Professor Böhm beteiligt gewesen seien. Kein Wort davon ist wahr. Herr Präsident Gerstenmaier hat die Herren empfangen. Er hat darüber eine Aufzeichnung gemacht, die er dem Verteidigungsausschuß und dem Petitionsausschuß zugeleitet hat, ebenso den Fraktionen. Ich begehe also keine Indiskretion, wenn ich vorlese, wie er den Verlauf dieser Unterredung mit Zustimmung aller fünf Herren schilderte:

Bischof D. Krummacher verlas

— ich bitte zu beachten: er verlas, so genau kam es ihm auf die Formulierung an! —

als Sprecher der Delegation einen Beschluß der außerordentlichen Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 29. Juni 1956. Nach diesem Beschluß hat die Synode mit Zustimmung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland die Delegation unter anderem beauftragt, die Bundesregierung und den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland von den Gesichtspunkten und Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen

— kein Wort, wie groß die Zahl dieser Synodalen gewesen ist —

über die Auswirkungen einer Wehrpflicht geäußert worden sind. Der Sprecher erläuterte diesen Beschluß unter besonderer Hervorhebung des Auftrags der Kirche gegenüber den ihr anvertrauten Menschen. Er führte dabei aus, daß sich die Delegation bei diesem Schritt durchaus der Grenzen bewußt sei, die der Kirche im Blick auf die dem Staat und den politisch tätigen Christen obliegende Verantwortung gezogen seien.

Bei der **Besprechung mit den Vertretern der einzelnen Fraktionen**, die dann stattfand und bei der alle Fraktionen mit Ausnahme der FDP vertreten waren, haben wir kaum mehr gehört als das, was in dieser Niederschrift festgelegt worden ist.

(Sehr richtig! bei der DP.)

Alle Bemühungen des Herrn Kollegen Wehner, die Delegation dazu zu veranlassen, in den Fraktionen zu sprechen, sind einmütig abgelehnt worden,

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)

weil die Delegation nur beauftragt war, eine Botschaft auszurichten, nicht aber sich in eine Diskussion einzulassen.

Auch bei der zweiten Besprechung, bei der im übrigen die Opposition gefehlt hat, hat sich nichts Weiteres zugetragen, was etwa von besonderer Bedeutung gewesen wäre. Wohl aber ist mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß die Synodalen nur den Auftrag hatten, dieses mitzuteilen,

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU und der DP)

und daß sie in keiner Weise in die Entscheidung eingreifen wollten,

(Sehr richtig! bei der DP — Zuruf von der SPD: Und die Botschaft?!)

daß sie auch nicht dazu da seien, auch nur einen Rat zu erteilen,

(Sehr richtig! bei der DP)

geschweige denn, uns die Verantwortung abzunehmen.

(Zuruf von der SPD: Können sie gar nicht! — Abg. Wehner: Dafür werden Sie sich auch mal verantworten müssen!)

Soviel über das, was sich da zugetragen hat. — Ich glaube, Herr Kollege Wehner, die Bemerkung, die Sie eben gemacht haben, war nicht passend. Wenn ich hier einen sachlichen Bericht gebe, dann ist dazu nichts weiter zu bemerken, da ich mich durchaus an die Unterlagen gehalten habe.

Ich komme zu dem zweiten Fall, der heute morgen auch wieder angesprochen wurde. Es wurde behauptet, daß auch eine **Nachricht im Bulletin** von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei und in ihr falsche Zahlen angegeben worden seien. Im **Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei** vom 2. Juli 1956 wird behauptet, es stimme — nun zitiere ich wörtlich —:

daß eine klare Mehrheit dieses höchsten evangelischen Kirchenparlaments sich denn auch gegen die Wehrpflicht ausgesprochen habe.

Der **Evangelische Pressedienst** hat daraufhin, ermächtigt durch den Präses der Synode, folgende **Erklärung** veröffentlicht:

Zu der Meldung des SPD-Pressedienstes, daß sich eine klare Mehrheit der Synode gegen die Wehrpflicht ausgesprochen habe, teilt der Präses der Synode mit, die Synode der EKD habe auf ihrer Berliner Tagung zur Wehrpflicht lediglich den alsbald der Presse mitgeteilten Beschluß gefaßt, eine Kommission zu beauftragen, Bundesregierung und Bundestag von den Gesichtspunkten und Besorgnissen in Kenntnis zu setzen, die von Synodalen über die Auswirkung einer Wehrpflicht geäußert worden sind.

Dem Präsidium der Synode ist nichts davon bekannt, daß „eine klare Mehrheit“ der Synodalen sich gegen die Wehrpflicht ausgesprochen habe.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Der Präses der Synode hat erst nach dem Schluß der Tagung von einem Pressevertreter gehört, daß Unterschriften von Synodalen zu einer Erklärung über die Wehrpflicht gesammelt worden wären. Er kennt weder den Inhalt dieser Erklärung noch die Zahl oder die Namen der Synodalen, die sie unterschrieben haben.

(Zuruf von der SPD: Na und?)

Die Zahlen, die im Bulletin veröffentlicht wurden, sind im Moment die zuverlässigsten gewesen. Die Kirchenkanzlei in Hannover als oberste Behörde hat bis heute morgen über die Zahl der Unterschriften keine anderen Informationen gehabt als die im Bulletin vom 5. Juli veröffentlichten.

(Zuruf von der SPD: Was ist das für ein Beweis?)

Seit heute mittag sind andere Zahlen bekannt geworden, was gar kein Wunder ist nach dem, was ich gesagt habe. Es ist eine **private Unterschriftensammlung** gewesen,

(Abg. Wehner: Gewisser Herren Dozenten!)

über die keine protokollarischen Feststellungen gemacht worden sind. Im übrigen aber — das ist bedeutsam und gefällt mir besonders — haben führende Männer, die diese Unterschriften geleistet haben, erklärt, sie wären auf keinen Fall damit einverstanden, daß davon ein **außersynodaler Gebrauch** gemacht würde.

Vizepräsident Dr. Schmid: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Cillien (CDU/CSU): Nein, ich bitte, mich bis zum Ende vortragen zu lassen.

(Beifall in der Mitte. — Abg. Erler: Für das Klatschen dazu sollten Sie sich schämen! — Weitere Zurufe von der SPD: Können die aber nicht! — Abg. Schröter [Wilmersdorf]: Er ist überfordert! — Beifall bei der SPD.)

Nun ein dritter Fall von heute morgen, der sicher das allgemeine Interesse erregt hat. In der „**Frankfurter Allgemeinen Zeitung**“ stand: „**Auch Bischof Dibelius gegen Wehrpflicht**“. Auch hierzu keine persönliche Stellungnahme, sondern folgende **Veröffentlichung des Evangelischen Pressedienstes**, eine offiziell verbreitete Meldung:

Bischof Dibelius, der Ratsvorsitzende der EKD, hat den Bevollmächtigten in Bonn, Prälat D. Kunst, ermächtigt, zu den Pressemeldungen, wonach auch Bischof Dibelius gegen die Wehrpflicht sei, folgende Erklärung abzugeben:

Der Ratsvorsitzende hat

— mit dem, was im übrigen in einer ostzonalen Zeitung veröffentlicht worden ist —

nichts anderes gemeint, als eine Unterstützung des Antrags auf Entsendung einer Delegation nach Bonn und Pankow. Er hat sich mit Entschiedenheit gegen jedes Eingreifen kirchlicher Instanzen in die Verantwortung der Parlamente ausgesprochen.

(Hört! Hört! in der Mitte. — Zuruf von der SPD: Ist ja gar nicht bestritten worden! — Abg. Schröter [Wilmersdorf]: Die Verantwortung kann er uns nicht abnehmen!)

— Das ist nun wirklich mal ein Punkt, in dem ich mit Ihnen vollkommen übereinstimme. —

Die Pressenachrichten, daß er sich grundsätzlich gegen die allgemeine Wehrpflicht erklärt habe, sind objektiv unrichtig.

(Hört! Hört! in der Mitte.)

Meine Damen und Herren, nur ein kurzes Schlußwort. Ich habe neulich bei der Erörterung über das Konkordat ganz klar gesagt, wie die **Stellungnahme der CDU** ist, daß wir keine Kirchenpartei sind, keine Weisungen von den Kirchen entgegennehmen, in den **Kirchen** aber gern unsere geistige Heimat sehen, daß wir immer bereit sind, uns von ihnen beraten zu lassen und dann eine gewissenmäßige Entscheidung zu treffen. Bei diesem Standpunkt bleibe ich. Ich glaube, es ist in jeder Weise ungut, wenn es üblich wird, **Außerungen kirchlicher Instanzen** oder kirchlicher Autoritäten in **politische Entscheidungen** hineinzuziehen.

(Zuruf von der SPD: Das fällt Ihnen aber spät ein! — Abg. Schmidt [Hamburg]: Das sagen Sie mal Ihrer eigenen Partei!)

Ich hätte nicht damit begonnen, von diesen Dingen zu sprechen,

(Abg. Schmidt [Hamburg]: Sagen Sie das den Pfarrern, die von der Kanzel Wahlpropaganda treiben!)

wenn sie nicht zum vierten Male von dieser Stelle aus angesprochen worden wären.

(Beifall in der Mitte. — Zuruf von der SPD: Aber an die falsche Adresse!)

Deshalb nur diese klare Feststellung, die gültig ist.

korrekt ausgeführt). Der Ausschuß beschloß ferner, dem Plenum zu empfehlen, seinen Vorschlag ohne Debatte anzunehmen.

Entgegen diesem Beschluß legte der Synodale Locher am folgenden Tage im Plenum den Antrag der Rheinischen Bruderschaft auf Ablehnung der Wehrpflicht erneut vor. Die Behandlung dieses Antrags wurde, wiederum mit großer Mehrheit, abgelehnt. In klarer Voraussicht dieser Ablehnung hatten sich aber schon um die Mittagszeit des 29. Juni Dr. Heinemann und einige seiner Freunde verabredet, diesem für sie unbefriedigenden Synodalbeschluß durch eine geheime Unterschriftensammlung für eine Zusatzklärung aufzuhelfen. Ehe man damit begann, wurden in einer Liste aller Synodalen diejenigen gekennzeichnet, bei denen man befürchten mußte, daß sie eine solche geheime Unterschriftensammlung ablehnen oder gegen sie gar öffentlich Protest einlegen würden. Das hätte den Plan zweifellos zum Scheitern gebracht. Den Synodalen, die um die Unterschrift gebeten wurden, wurde versichert: es handle sich um eine rein interne Unterschriftensammlung, die lediglich den Zweck habe, den für die Kommission bestimmten Brüdern das in dem entsprechenden Antrag geäußerte Anliegen besonders wichtig zu machen. Es sei damit nichts Neues, über den Beschluß des Ausschusses Hinausgehendes beabsichtigt. Dr. Heinemann persönlich versicherte auf Befragen dem Ratsvorsitzenden Bischof D. Dr. Dibelius: es sei keinesfalls eine Veröffentlichung der mit den Unterschriften verbundenen Erklärung beabsichtigt. Der Inhalt dieser geheimen Zusatzklärung schien das zu bestätigen, denn er bezog sich ganz auf den vom Ausschuß vorgeschlagenen Kommissions-Auftrag, Besorgnisse der Brüder im Osten in Bonn und Pankow bekanntzumachen. Die Heinemannsche Zusatzklärung hatte folgenden Wortlaut: „Die Unterzeichneten schließen sich den Bedenken gegen die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht bzw. gegen Zwangsmethoden bei der Werbung für den Wehrdienst an, die durch die von der Synode beauftragte Delegation in Bonn und Ostberlin vorgetragen werden sollen.“ Da zu dem Zeitpunkt der Unterschriftensammlung den unterzeichneten Synodalen noch nichts anderes bekannt war, als daß Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Verhältnisse in der DDR vorgetragen werden sollten, sahen auch viele Synodale, die sich im Ausschuß zur Frage der Wehrpflicht positiv geäußert hatten, keinen Hinderungsgrund, diese Entschliebung zu unterzeichnen. Sie erblickten darin lediglich einen Ausdruck des Wunsches, Bonn und Pankow zu ihrer eigenen Urteilsbildung eine Information über die Besorgnisse zu vermitteln, die unsere Brüder jenseits des Eisernen Vorhangs in diesem Zusammenhang bewegten.

Nachdem die Unterschriftensammlung abgeschlossen war, kam es zwischen 16 und 17 Uhr zur Beratung des offiziellen Ausschuß-Antrages im Plenum. Hier meldete sich Präses D. Held zu Wort und erklärte, daß es doch nicht gut sei, wenn man besonders von den Verhältnissen in der DDR rede. Er beantrage, die Worte „auf die Verhältnisse in der DDR“ zu streichen. Die Synodalen waren der Meinung, daß diese Streichung mit Rücksicht auf die Brüder im Osten beantragt sei, da es nicht vertretbar erscheine, ihnen sozusagen den Teufel an die Wand zu malen. Die Sitzung wurde für eine Viertelstunde unterbrochen. Während dieser Zeit sollten die Synodalen Held, Bauer und ich versuchen, eine Einigung über den Kürzungsvorschlag zu erzielen. Auf Antrag von Präses Held wurde noch Dr. Heinemann hinzugezogen. Dr. Bauer und ich waren über die Existenz einer geheimen Unterschriftensammlung nicht informiert. Wir einigten uns schließlich, wenn auch nicht ohne Bedenken, mit den beiden anderen auf die Kür-

zung, und zwar unter der Voraussetzung, daß nicht nur von „Besorgnissen“, sondern von „Gesichtspunkten und Besorgnissen“ die Rede sein solle. Heute wissen wir, daß unser Entgegenkommen ein Fehler war, der aber nur begangen wurde, um zu einer brüderlichen Einigung zu kommen und um so weit als möglich auf die Brüder im Osten Rücksicht zu nehmen. Daß in Verbindung mit dieser Kürzung eine vielen Synodalen verheimlichte Unterschriftensammlung nachträglich zu einer Art Abstimmung über die Wehrpflicht gemacht wurde, konnten wir nicht ahnen.

Die Frage, ob sich Präses Held bei seinem Kürzungsvorschlag dieser Tatsache bewußt war, läßt sich naturgemäß nicht beantworten. Da er aber im Plenum seinen Platz neben Dr. Heinemann hatte und anläßlich der Sonderberatung über seinen Kürzungsvorschlag sofort die Hinzuziehung Heinemanns forderte, kann man annehmen, daß beide den Kürzungsvorschlag vorher miteinander abgesprochen hatten. Ich bin überzeugt, daß zumindest Dr. Heinemann sich über die Wirkung dieser Kürzung auf Sinn und Bedeutung seiner Unterschriftensammlung völlig im klaren war; denn jeder, der Dr. Heinemann aus der Ausschußarbeit kennt, weiß, daß er mit geschultem juristischen Denken die gesamte Wirkungsbreite einer Formulierung immer sofort zu übersehen vermag. Es liegt darum die Frage nahe, ob nicht durch die Kürzung des offiziellen Beschluß-Antrages der Sinn der Unterschriftensammlung nachträglich bewußt verändert worden ist. In jedem Falle wäre nach dieser Kürzung die geheime Unterschriftensammlung hinfällig gewesen; denn die Unterzeichner hatten ja unter der Voraussetzung unterschrieben, daß Bedenken gegen die Rückwirkungen in der DDR in Bonn vorgetragen werden sollten. Davon war zwar in der geheimen Zusatzklärung selbst nicht ausdrücklich die Rede, aber es war den Unterzeichnern mündlich bestätigt worden, daß es sich lediglich um eine Unterstreichung der Bedenken handele, die die von der Synode bestimmte Kommission vorzutragen habe.

Als Dr. Heinemann nach der Synode dem Vorwurf begegnete: diese geheime Unterschriftensammlung sei in Wirklichkeit eine Art Erschleichung eines Votums gegen die Wehrpflicht, erwiderte er: man müsse doch von Synodalen erwarten, daß sie die Tragweite einer Erklärung, die sie unterschrieben, selbst übersehen könnten; ob man denn in der Synode einen „Trottelparagraphen“ einführen müsse. Demgegenüber wurde er allerdings von dem Präsidenten der Kanzlei der EKD darauf hingewiesen, daß selbst der Vorsitzende des Rates der EKD, Bischof D. Dr. Dibelius, mit seiner Unterschriftsleistung keineswegs ein Votum gegen die Wehrpflicht beabsichtigt habe. Bekanntlich hat Bischof Dibelius auf eine diesbezügliche Deutung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hin ein Dementi folgenden Wortlauts herausgegeben: „Der Ratsvorsitzende hat nichts anderes gemeint als eine Unterstützung des Antrages auf Entsendung einer Delegation nach Bonn und Pankow. Er hat sich mit Entschiedenheit gegen jedes Eingreifen kirchlicher Instanzen in die Verantwortung der Parlamente ausgesprochen. Die Pressenachrichten, daß er sich grundsätzlich gegen die allgemeine Wehrpflicht erklärt habe, sind objektiv unrichtig.“

Unmittelbar nach Schluß der Synode fand eine Pressekonferenz statt, an der auch Vertreter der Ostpresse teilnahmen. Auf dieser Pressekonferenz war anfangs auch Dr. Heinemann anwesend. Ich bin von einem Synodalen ermächtigt worden, mitzuteilen, daß er persönlich mitangehört habe, wie Dr. Heinemann bei dieser Gelegenheit einzelnen Pressevertretern den Text und den zahlenmäßigen Erfolg seiner Unterschriftensammlung bekanntgegeben hat. Dr. Heinemann hat

damit sein gegenüber Bischof Dibelius wenige Stunden vorher gegebenes Wort, daß keine Veröffentlichung beabsichtigt sei, selbst gebrochen. Anschließend verließ Dr. Heinemann die Pressekonferenz. Nach seinem Weggang wurde die Unterschriftensammlung von Vertretern der Ostpresse zur Sprache gebracht. Der Präses der Synode, Professor v. Dietze, der die Pressekonferenz leitete, mußte erklären, daß ihm von einer solchen Unterschriftensammlung nichts bekannt sei. Bereits am nächsten Tage erschienen Text und Unterschriftenzahl der geheimen Zusatzklärung in der Ostberliner Zeitung „Neue Zeit“.

Überblickt man diese Kette der Ereignisse, so kann man nicht leugnen, daß sie beschämend ist. Der weit überwiegende Teil der Synode steht diesen bedauerlichen Aktionen fern. Er wird sich aus Anlaß dieser Vorkommnisse überlegen müssen, ob nicht in Zukunft Wege gefunden werden können, um solche Mißdeutungen oder Verkehrungen ihrer Aussagen zu verhindern.

So wichtig es für eine evangelische Versammlung ist, Meinungsverschiedenheiten in brüderlicher Verständigungsbereitschaft zu überbrücken, so bedauerlich ist es auch, wenn die Klarheit auf dem Altar der Brüderlichkeit geopfert wird. Auch in Synoden müssen

Minderheiten es in brüderlicher Geduld ertragen lernen, wenn ihre Meinung nicht zum Zuge kommt.

Ein Synodaler, der die Unterschriftensammlung mit veranlaßt hatte, sagte mir vor einigen Tagen zu seiner Entschuldigung: die Sorge um die Gewissensnot der zum Wehrdienst Einberufenen sei ihm wichtiger als alle geltenden Spielregeln einer Synode. Ich bin aber der Auffassung, daß selbst der, der glaubt, um des Gewissens willen eine Meinung vertreten zu müssen, bedenken sollte, daß der Segen Gottes niemals auf Aktionen ruhen kann, die darauf abzielen, die Tatbestände klarer Mehrheitsverhältnisse in unwahrer Weise zu verdunkeln. Wo ein Christ sich mit seiner Meinung und seiner Gewissensüberzeugung in einer Minderheit befindet, ist ihm das Gebet, sicher auch der Versuch einer überzeugenden Rede, aber keinesfalls das Ersinnen listiger Aktionen aufgetragen.

Die Abgeordneten der Regierungsparteien und der Opposition, die im Parlament um die rechte Entscheidung in der Wehrpflicht rangen, wurden durch die von einigen Mitgliedern der Synode unternommenen Aktionen statt zu einer Klarheit über die Botschaft der Kirche in Streit und Verwirrung geführt. Die Synode wird sich die Aufgabe nicht leicht machen dürfen, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen.

DAS PROBLEM DES KLERIKALISMUS

von Dr. Wilhelm Kasch

Die Ausführungen von Dr. Kasch stellen eine profilierte These dar, die z.T. zum Widerspruch reizen wird. Zugleich aber wird sie zum Nachdenken anregen und damit zu einer vertieften politischen Meinungsbildung beitragen. Da wir in der „Evangelischen Verantwortung“ kein Organ sehen, das fertige Meinungen „frei Haus“ liefert, sondern eine Schrift, die an der Meinungsbildung mitwirken soll, halten wir es für richtig, mit dem folgenden Beitrag ein sogenanntes „heißes Eisen“ anzupacken und zur Diskussion zu stellen.

Die Red.

I.

Wer die zahlreichen Äußerungen, in denen das Wort „Klerikalismus“ Verwendung findet, kritisch sichtet, stellt mit Erstaunen fest, welche verschiedenartigen Dinge jeweils mit diesem Schlagwort bezeichnet werden sollen: weltlicher Machtanspruch des Klerus, der Kirche überhaupt, die Existenz einer Partei mit dem Beiwort „christlich“, einzelne kulturpolitische Forderungen (etwa der CDU/CSU), Bemühungen um konfessionsparitätische Besetzung von Führungsstellen, bestimmte Darlegungen zur Personenstandsgesetzgebung in katholischen oder evangelischen Zeitschriften und vieles andere mehr.

Erstaunlich ist aber auch, daß sich niemand findet, der von sich sagt: er sei Anhänger des Klerikalismus, daß jedoch viele dies von bestimmten Gegnern behaupten. Und beides zusammen führt zu der Einsicht, daß es Klerikalismus jedenfalls nicht in der Weise wie Sozialismus, Liberalismus, Nationalismus gibt. Denn es erscheint doch undenkbar, daß in Westdeutschland, wo Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit herrschen und von allen möglichen Gruppen in Anspruch genommen werden, gerade die „Klerikalen“ ein Bekenntnis- und Redeverbot hätten. Ist es aber richtig, daß Klerikalismus als Leitidee für die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens nicht existiert, dann wird man bei der Erörterung des Problems, das in unserem Staat unzweifelhaft eine große Rolle spielt, zwangsläufig von allen Sachfragen weggeführt. Dann lautet die Problemstellung jedenfalls nicht mehr: Was wollen die Klerikalen, und wie verträgt sich das, was sie wollen, mit den Grundgegebenheiten unseres Staates? Sondern jetzt müssen wir fragen: Welche Gründe veranlassen heute zahlreiche Menschen, politische Gruppen und Bestrebungen als klerikalistisch zu bezeichnen, und was meinen sie, wenn sie den Vorwurf des Klerikalismus erheben?

II.

Versuchen wir, die Antwort auf den zweiten Teil dieser Frage durch ein Beispiel vorzubereiten: Wenn eine Gruppe von katholischen Oldenburgern einen Protestmarsch zum niedersächsischen Kultusministerium durchzuführen droht, weil ihr die Einrichtung einer katholischen Schule abgeschlagen wurde, dann reden manche Zeitungen und Politiker von Klerikalismus; sie glauben, damit festgestellt zu haben, daß diesem Unternehmen die Berechtigung fehlt. Ob nun der katholische Klerus mit dieser Demonstration etwas zu tun hat oder nicht — hier handelt es sich doch ganz eindeutig um die politische Willenskundgebung einer Gruppe, die sich in ihren Grundrechten geschmälert glaubt. Zöge die gleiche Gruppe statt zum Kultus- zum Landwirtschaftsministerium, um sich über die Milchpreise zu beschweren, so würden zwar vermutlich die meisten Verbraucher die Berechtigung dieses Aktes bestreiten, an dem Vorgehen als solchem aber nichts zu tadeln haben. Und handelte es sich gar um eine Arbeitergruppe, die anlässlich eines Lohnstreiks durch einen Protestmarsch ihren Forderungen Nachdruck verschaffen möchte, so würde dies Verfahren niemanden befremden. Nur wegen einer katholischen Schule dürfen Demonstrationen nicht stattfinden! Mit dem hier offenbar völlig deplacierten Schlachtruf: „Klerikalismus“ versucht man, sie als illegitim hinzustellen.

An diesem Beispiel wird dreierlei sichtbar: einmal, daß das Wort „Klerikalismus“ den Klerus gar nicht speziell, sondern als Teil fürs Ganze nimmt; zum anderen, daß dieses Ganze gar nicht die Kirche, sondern die christliche Überzeugung, also der Glaube ist; und zum dritten, daß das Wort „Klerikalismus“ die Verletzung eines bestimmten politischen Tabus bezeichnet, da es als Schlagwort an die Stelle einer mit Gründen belegten

Ablehnung tritt. Generalisiert man dieses Beispiel, so lehrt es, daß von Klerikalismus dann die Rede ist, wenn jemand in der politischen Öffentlichkeit dafür eintritt, daß Forderungen seiner religiösen Überzeugung politisch verwirklicht werden.

Wenden wir uns mit diesem Ergebnis nun dem ersten Teil unserer obigen Fragestellung, also der Frage zu, welche Gründe wohl dazu führen mögen, den Vorwurf des Klerikalismus zu erheben, so fällt die Antwort nicht schwer: Ursache vermag hier nur die Überzeugung eines grundsätzlichen Getrenntseins von Staat und Religion zu sein, eine Überzeugung, die sich — das zeigt jene Tabuverletzung, die der Vorwurf meint — selbst als Dogma, als Basis politischer Bekenntnisse versteht. Damit erklärt sich einerseits, warum Angreifender und Angegriffener sich niemals über die Berechtigung des Angriffs einigen können: Was dem einen als Klerikalismus erscheint, hält der andere für sein politisches Grundrecht. Andererseits aber leuchtet ein, warum die inhaltliche Seite des Vorwurfs so vielschichtig und schillernd ist: Das Wort „Klerikalismus“ wird immer dann für angebracht gehalten, wenn irgendwo politische Gedanken oder Handlungen den Eindruck erwecken, daß die Anerkennung des Getrenntseins von Staat und Religion in Frage gestellt werde.

III.

Man wird sagen dürfen, daß in dieser Analyse des Vorwurfs des Klerikalismus bereits die Möglichkeit einer Lösung des Problems enthalten ist. Sie lautet: Preisgabe der Absolutheit des Verständnisses der Trennung von Staat und Glauben. Es wird niemandem einfallen, aus dieser Forderung die Konsequenz zu ziehen, nun die Übernahme eines christlichen Verständnisses hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Religion zu verlangen. Wenn etwas, dann wäre dies in der Tat Klerikalismus. Denn unser Volk ist in seiner Gesamtheit ja kein Volk von Christen — wie sehr wir dies auch wünschen möchten. Die Forderung der Alleinberechtigung einer christlichen Deutung des Verhältnisses von Staat und Glauben würde daher mit umgekehrtem Vorzeichen nur wiederholen, was wir als unheilvoll für uns alle empfinden: daß eine Seite die andere dadurch zu knebeln trachtet, daß sie ihr eigenes Verständnis als die einzig mögliche Spielregel ansieht und auf dem Wege organisatorischer Maßnahmen als alleingültig hinzustellen sich bemüht. Die Lösung hat also rein negativen Charakter: Preisgabe des Absolutheitsanspruchs des eigenen Standpunktes in dieser Frage.

Was das bedeutet, bedarf noch einer kurzen Erläuterung. Es bedeutet zunächst die Forderung: die aus-

schließliche Begründung der Demokratie auf den Grundgedanken der jakobinischen Demokratie, die im Rousseauschen Gesellschaftsvertrag ihren geistigen Ursprung hat, preiszugeben. Denn für den Gesellschaftsvertrag gilt als einziges Dogma, daß der Staat dadurch zustandekommt, daß die freien Individuen die Freiheit ihrer Individualität aufgeben, um Gleiche zu werden; die von Rousseau gemeinte Freiheit ist Freiheit zur Gleichheit staatlicher Uniformität. Was die einzelnen Menschen glaubensmäßig, was sie an Charakter, Bildung, Kultur und Besitz auch immer unterscheiden mag — hinsichtlich ihrer staatlichen Existenz darf dies keine Rolle spielen. Sie haben es auf dem Altar der Gleichheit zu opfern, um Bürger, d. h. Gleiche zu werden. Den Willen zu haben, dies zu leben, ist das einzige Glaubensbekenntnis, das nach Rousseau der Staat im Namen seiner Bürger von jedem fordern darf.

Da sich kein lebendiger christlicher Glaube zu einer solchen Begründung des Staates verstehen kann, wird der Glaube, repräsentiert durch die Kirche, zum Erzfeind dieses Staates. Freilich nicht der Glaube als solcher, sondern der Glaube, insofern er Gott als den Schöpfer der Welt, jeder menschlichen Urgemeinschaft und letztlich auch des Staates erkennen lehrt. Bereits bei Rousseau erhält der „Klerikalismus“ seinen Charakter als Tabuverletzung, wie sich umgekehrt sagen läßt, daß dort, wo jemandem Klerikalismus vorgeworfen wird, der Grundgedanke der jakobinischen Demokratie herrschend ist. Da es bedeuten würde, Andersdenkende zu vergewaltigen, wenn man eine Preisgabe des Grundgedankens der jakobinischen Demokratie erzwingen wollte, muß man für unsere politische Wirklichkeit der ideologischen die gelebte Demokratie entgegensetzen. Wir müssen alle lernen, die Toleranzverpflichtung gerade dort ernst zu nehmen, wo sie uns ideologisch Schwierigkeiten macht. Wir müssen lernen, Demokratie als Zusammenleben sich voneinander unterscheidender, jedoch gegenseitig tolerierender Gemeinschaftsauffassungen und -formen zu verstehen, die sich einig sind in dem übergreifenden Gedanken der Gewährung der Freiheit der Gestaltung. Das heißt praktisch, daß — je nach Maßgabe der entsprechenden Mehrheiten — mit der Verwirklichung des eigenen Leitbildes die Achtung des Leitbildes des anderen nicht unterdrückt werden darf.

Die Erfüllung dieser Forderung ist sicher nicht leicht. Aber hier liegt die einzige uns gegebene Möglichkeit, das Problem des Klerikalismus zu lösen. Es wird so gesehen nicht an die Existenz unseres nun einmal ideologisch gegensätzliche Parteien umfassenden Staates rühren.

WAS DEM STAAT NOT TUT

von Dr. Gerhard Schröder

Staatsbewußtsein entsteht nicht allein in theoretischen Erörterungen. Beispiel und Vorbild sind nötig. Die Wertschätzung des sittlichen Gehalts des Staates, der Respekt vor seinen Einrichtungen mißt sich in den Augen der Bevölkerung weniger nach den Theorien und Wunschbildern als nach dem Verhalten der Parlamente und Parlamentarier, der Regierungen und ihrer Minister, der Verwaltung und ihrer Beamten, der Gerichte und ihrer Richter. Nur persönliche und sachliche Beispiele gelten — Beispiele, wie konkrete Fragen behandelt und entschieden werden, Beispiele, daß die für die Bevölkerung gesteckten Ziele mit angemessenem Aufwand erreicht werden.

Die offenen und untergründigen Nachwirkungen unserer jüngsten Vergangenheit haben es uns sicherlich schwieriger als zu anderen Zeiten gemacht, ein neues

und geläutertes Staatsbewußtsein in der notwendigen Breite und Tiefe wachsen zu lassen. Dazu hebt der pluralistische Staat, der „Vielparteien-Staat“, die Impulse der einen und der anderen politischen Gruppe oft auf und läßt sie unwirksam werden, anstatt daß alle Impulse dem gleichen Ziele dienen. Heute scheint der Wettbewerb der Parteien, die den Staat tragen und mitgestalten sollen, manchmal mehr dem gegenseitigen Vernichtungskampf als dem Wohle aller zu dienen. Die Auseinandersetzung der Parteien auf das zu begrenzen, was konstruktiv wirkt, und die Destruktion zu verhindern, bleibt für uns eine ständige, überaus schwierige Aufgabe. Die Formel genügt nicht, daß alle politischen Gruppen „auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ stehen sollen. Die gemeinsamen Werte müssen von den verschiedenen Gruppen inten-

siver gepflegt werden, als das heute geschieht. Allerdings lassen sich in einer parlamentarischen Demokratie nicht mehrere Idealvorstellungen vom Staat gleichzeitig, sozusagen nebeneinander, verwirklichen. Solche auseinanderstrebenden Staatsvorstellungen hervorzu-rufen, ist die große Gefahr unserer pluralistischen Verfassung. Ihr kann und muß nur durch eine planmäßige politische Erziehungsarbeit begegnet werden.

Was wir brauchen und leider keineswegs genügend entwickelt haben, ist ein eigener und angemessener Stil der Parlamente, der Regierungen, der Verwaltung und der Rechtsprechung. Er muß von den Verantwortlichen in ihrem Handeln bewußt gepflegt werden. Ansprüche in dieser Hinsicht an andere zu stellen, ist billig. Der Anspruch an sich selbst hat hier den Vorrang.

Auch unsere gegenwärtige Geschichte kann großer, überzeugender Persönlichkeiten nicht entraten. Die Szene, die sich nachdenklichen Beobachtern anlässlich der Verleihung des Karls-Preises an Churchill in Aachen bot, hatte dafür eine große symbolhafte Bedeutung. In dem früheren britischen Ministerpräsidenten und in dem deutschen Bundeskanzler trafen zwei zeitgenössische Politiker zusammen, die mit ihrer persönlichen Autorität in verschiedenen Völkern und unter verschiedenen Bedingungen die staatliche Autorität sichtbar gemacht und gestärkt haben. Aber diese Forderung gilt eben nicht nur für die Regierungschefs; Parlamente, Verwaltungen und Gerichte bedürfen hervorragender

Abgeordneter, Beamter und Richter. In ihrer Arbeit müssen sie sich auf die wesentlichen Aufgaben beschränken und den routinemäßigen Leerlauf beseitigen. Nur wenn beispielsweise heute die in die Breite quellende Parlamentsarbeit gestrafft und intensiviert wird, wird sie in den Augen aller, die sich an wirklichen Leistungen zu orientieren vermögen, als der eigenen Tätigkeit ebenbürtig empfunden und anerkannt werden. Gerade der pluralistische Parteienstaat bedarf einer sorgfältigen Pflege der gemeinsam gebildeten Autorität. Viele unserer Zeitgenossen haben eine geradezu neurotische Angst vor der Autorität. Dem muß entgegengewirkt werden, wenn nicht die Stabilität des Staates und damit das Gerüst unserer Ordnung schwersten Schaden nehmen sollen.

Wer öffentlich oder politisch wirken will, braucht mehr als andere ein Gefühl dafür, daß er ein Beispiel zu geben hat. Jeder, der heute öffentliche Verantwortung trägt, darf sich nicht zu einem Teil der Herrschaftsapparatur entwickeln, die mehr oder weniger „automatisiert“ ist, sondern er muß sich als Staatsbürger fühlen, der für die Stabilität und die Kontinuität der Existenz seines Volkes zu sorgen hat.

Die vorstehenden Ausführungen sind einer Rede entnommen, die der Bundesminister des Innern, Dr. Gerhard Schröder, am 30. Juni 1956 in Münster anlässlich einer Gedenkstunde des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum 125. Todestag des Reichsfreiherrn vom Stein hielt.

PFLICHT UND AUFGABE DES EVANGELISCHEN CHRISTEN IN DER POLITIK

Eine der Zwangsvorstellungen, die immer noch weite evangelische Kreise beunruhigen und von politisch mißvergnügten Gruppen gern gefördert werden in der Erkenntnis, daß von hier aus am nachhaltigsten Einigkeit und Frieden in unserem Volk gestört werden können, ist die Auffassung von der beabsichtigten und betriebenen Ausschaltung des evangelischen Bevölkerungsteiles aus der politischen Verantwortung. Die Jahreshauptversammlung der Hermann Ehlers-Gesellschaft am 22. Juni in Düsseldorf, auf der Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer zu der Frage der politischen Mitarbeit und Mitverantwortung des evangelischen Christen sprachen, hat daher in der Öffentlichkeit besondere Beachtung und ein lebhaftes Echo gefunden. Wir bringen unseren Lesern im folgenden einige grundlegende Gedanken aus den beiden Vorträgen zur Kenntnis:

Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje:

Die Verantwortung für das Ganze

Verantwortung kann niemals nur auf ein partielles Ziel gerichtet sein, sondern ist immer dem Wesen nach Verantwortung für das Ganze. Und gerade deswegen ist es beklagenswert, daß es innerhalb der evangelischen Christenheit schwach entwickelte oder falsch entwickelte Vorstellungen von der politischen Pflicht des evangelischen Christen gibt. Beide Gefahren sind ernst zu nehmen und verdienen eine sorgfältige gedankliche Klärung. Es ist eine nicht recht verständliche Tatsache, daß sich im Bereich des Protestantismus immer wieder das Phänomen einer eigenartigen politischen Lethargie findet, einer Unverbindlichkeit, die den politischen Aufgaben in einer nicht erlaubten Distanz gegenübersteht. Und da wir der Meinung sind, daß an dieser Stelle mit dem Glauben eines Christen etwas nicht in Ordnung ist, wenn sich das zutragen kann, ist es unsere Pflicht, sorgfältig darüber nachzudenken, was im Falle der politischen Lethargie geschehen muß. Es gibt aber daneben auch eigentümliche politische Fehlentwicklungen, die vor allem darin bestehen, daß politische Einzelziele verabsolutiert und als die einzige christliche Lösung ausgesprochen werden, ohne daß man ein Recht hätte, so etwas zu sagen. Diese Gefahr ist nicht minder groß, sie ist auch nicht minder aufschlußreich, denn auch hier muß man sagen: Es ist mit dem Glauben eines Christen etwas nicht in Ordnung, wenn er enthusiastischen Vorstellungen über das politische Leben verfallen kann.

Die politische Sendung des Protestantismus

Es ist keine neue Tatsache, wenn man dem in Deutschland lebenden evangelischen Christen seine politische Verantwortung nahezubringen versucht. Ich kann daran erinnern, daß die Reformation eine grandiose Konzeption geschaffen hat, die für das politische Leben gerade auch in der Form, in der es uns heute als Verantwortung auferlegt ist, nach meinem Eindruck von ausschlaggebender Bedeutung ist: die Hoch-

schätzung des weltlichen Berufs überhaupt. Die These, daß der Christ nicht nur in einem besonderen christlichen Bereich, sondern gerade auch in seinem Alltag Gott dient, daß also der Beruf Gottesdienst im strengen Sinne des Wortes ist, ist eine der fruchtbarsten Ausblicke gewesen auf das, was der Staatsmann zu tun hat. Und es ist nicht zufällig, daß die Aufgabe des Staatsmannes — nicht des Politikus in Kleinformat, sondern des echten Staatsmannes — das Denken der Reformatoren immer wieder beschäftigt hat und daß das Urteil, das sie selbst gefällt haben, zutrifft, da neue und großartige Gedanken über die Aufgabe des verantwortungsfähigen Staatsmannes gerade durch dieses Neuperspektivische des Evangeliums aufgetaucht sind. Und diese Grundgedanken stehen vor jeder Generation neu.

Das Problem der Macht und die Versuchung des Opportunismus

Wer aus Verantwortung politisch handelt, der handelt primär nicht aus dem Machtwillen heraus. Natürlich bin ich nicht so naiv, daß ich nicht wüßte, daß es Politik ohne Geltendmachung von Macht überhaupt nicht geben kann. Das ist selbstverständlich. Aber der Punkt, wo der Unterschied erkennbar wird, ist: welcher Gebrauch von der Macht gemacht wird, wie sie eingesetzt wird und die in der Politik immer vorhandene dämonische Frage, wann die Macht Selbstzweck wird. Es kann keiner als evangelischer Christ im politischen Leben tätig sein, ohne sich ständig darüber im klaren zu sein, daß er nicht aus einem Machtwillen heraus, sondern aus der Verpflichtung und Verantwortung gegenüber einem Auftrage Gottes handeln muß. Das wird sofort deutlich, wenn ich die andere Seite nenne: den politischen Opportunismus. Er ist wahrscheinlich das viel schädlichere Phänomen, weil er viel verbreiteter ist. Echter Machtwille findet sich immerhin im allgemeinen nur auf den Höhen der Geschichte, und es muß jemand schon etwas sein, um überhaupt dem Machttrauschen verfallen zu können. Aber dem Opportunismus kann jeder verfallen, verfällt vor allem der, der innerlich leer und hohl ist, denn er wird

Bundestagung 1956

Die diesjährige 5. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wird vom

11. bis 13. Oktober in Berlin

stattfinden. Ihr Generalthema lautet:

„Herausforderungen unserer Zeit“

Alle näheren Einzelheiten veröffentlichten wir in unserer nächsten Ausgabe.

sich in allen politischen Krisenzeiten treiben lassen, er wird das Nächstliegende und das ihm praktisch Erscheinende tun. er wird in einer atemberaubenden Unbefangenheit prinzipienlos handeln, er wird niemals an eine Stelle kommen, wo er ein unerbittliches Nein zu sagen hat. Der Opportunismus ist eine politische Versuchung in jeder Generation, aber er macht sich besonders spürbar in Zeiten, in denen man mit nicht überwindenen Glaubenskrisen zu tun hat. Und daß der Opportunismus eine perennierende Gefahr in Deutschland ist, hängt ganz einfach mit dem Schicksal zusammen, daß das Abendland nicht erst seit gestern und heute in einer schweren Glaubenskrisis ist, aus der heraus auch alles mitberührt wird, was zu den großen Äußerungen des Lebens gehört, und zu den größten gehört eben das Handeln im staatlichen Raum.

Wie gefährlich und wie schädlich der Opportunismus ist, das ist in einer Lage wie der Westdeutschlands überhaupt nicht zu übersehen. Jede Äußerung gegenüber dem Osten wird zur Phrase, wenn nicht grundsätzlich der Opportunismus als Gefahr überwunden ist. Kein Satz von dem, was wir gegenüber dem Osten behaupten, verteidigen zu müssen, ist glaubhaft, wenn nicht diese Voraussetzungen der eigenen Glaubensentscheidungen im Westen klar sind. Und an dieser Stelle hat der evangelische Christ eine Aufgabe, die er gar nicht verschweigen kann; wobei die Frage überhaupt nicht auftaucht, ob ihn das von irgendjemanden trennt. Hier hat er nicht Ansprüche geltend zu machen, hier denkt er nicht in Positionen, sondern hier hat er viel Wichtigeres zu sagen als personalpolitische Forderungen oder andere Dinge, die dem Bereich der alltäglichen oder der weiterreichenden staatspolitischen Machtsphäre angehören. Hier muß in concreto mit der reformatorischen Grunderkenntnis Ernst gemacht werden, daß einer, der Gott im staatlichen Bereich dient, eben damit auch Gottesdienst tut.

Die Kirche und die Politik

Man muß Verständnis und Respekt dafür verlangen, daß die wichtigste politische Aufgabe der Kirche die Predigt vom rettenden Gotteswort ist. In unserer Situation braucht man keinen Atem daran zu verschwenden, daß, wenn es überhaupt eine Kirche in unserem politischen Gefüge gibt, eine evangelische Kirche, dies ihr wichtigster politischer Beitrag ist. Deswegen muß die Kirche freier für ihre Verkündigung fordern, deswegen muß sie es unerbittlich tun. Es ist einer der wichtigsten Punkte, daß die Kirche diese Funktion bei uns im Westen richtig, rein und lauter erfüllt, weil wir nur so auf das Beste unseren christlichen Brüdern im Osten dienen, indem wir deutlich machen: ohne diese Voraussetzung kann eine Kirche überhaupt politisch nicht existieren. Wenn sie nicht zuerst und zuletzt das Evangelium verkündigen, öffentlich und ungehindert verkündigen kann, kann sie keinen weiteren politischen Dienst tun.

Und das ist eine Forderung, die sich natürlich genau so deutlich an die Kirche wendet: Wenn etwa in der Kirche so gesprochen wird, als gäbe es politische Einzelfragen, die denselben Rang hätten wie das Evangelium, dann verstößt die Kirche gegen das, was ich eben gesagt habe. Und da das durchaus unter uns auch geschieht, ist es nötig, daß Kirche und staatliche Öffentlichkeit gleichermaßen sich daran erinnern lassen, daß die erste politische Funktion der evangelischen Kirche die Christuspredigt ist, die Predigt der zehn Gebote, wenn Sie wollen: der Hinweis auf das, was Gottes heiliger Himmel in allen Lebensbereichen ist.

Die Frage nach der rechten Toleranz

Ich denke, es ist gar nicht nötig auszuführen, daß der große Begriff der Toleranz deutlich unterschieden werden muß vor dem sehr gängigen geistigen Indifferentismus. Wer nichts glaubt, hat im allgemeinen keine große Mühe, andere in ihren Glaubensüberzeugungen unbehelligt zu lassen. Nur ist das kein sehr respektabler Sachverhalt. Der, dem alles gleichgültig ist, weiß gar nicht, was Toleranz ist, denn er weiß ja nicht, woher die Konflikte kommen. Die Konflikte entstehen dadurch, daß es Menschen gibt, die der Wahrheit dienen wollen und nicht immer die gleiche Vorstellung von dem haben, was die Wahrheit ist und was diese in einer konkreten politischen Situation fordert. Erste Voraussetzung echter Toleranz ist die Bereitschaft, den anderen ernst zu nehmen,

nicht nur ihn gelten zu lassen, nicht nur auf ihn zu hören — obgleich das Forderungen sind, mit denen mancher schon überfordert scheint —, sondern ihn wirklich ernst zu nehmen. Echte Toleranz ist darum eine eminente geistige Leistung, die zwei Voraussetzungen erfordert: Man muß geistige Mühe daranwenden, den anderen richtig zu verstehen. Das Ideal wäre, man würde sich darum bemühen, den anderen noch besser interpretieren zu können, als er es selber vielleicht hier und da kann, wenn er unter äußeren Hemmnissen steht. Und das andere ist die sehr rar gewordene Fähigkeit zur menschlichen Begegnung. Es gehört echte Aufgeschlossenheit dazu. Das Geltenlassen kann sich niemals schematisch, mechanisch vollziehen. Die Probe auf wirkliche Toleranz liegt in der Frage, ob wir die Fähigkeit besitzen und bewahren, mit dem anderen als mit unserem Mitmenschen umzugehen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer

Die gemeinsame Grundlage und der gemeinsame Auftrag der Konfessionen

Ich darf in die Erinnerung rufen, daß ich schon im August 1922 als Präsident des Katholikentages in München forderte: katholische und evangelische Christen sollten ein politisches Bündnis eingehen, um gemeinsam für die Gestaltung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben zu kämpfen. Mit dieser Forderung bin ich damals, sowohl auf katholischer wie auf evangelischer Seite, auf Widerstand oder zumindest auf Erstaunen gestoßen. Und es mag sein, daß damals die Zeit für solche Gedanken noch nicht gekommen war. Aber die Zeit ist gekommen. Sie ist gekommen nach dem totalen geistigen und materiellen Zusammenbruch, den der Nationalsozialismus uns gebracht hat. Daß nach diesem Zusammenbruch die evangelischen und die katholischen Christen sich die Hand reichen, war, so glaube ich, eine Tatsache von geschichtlicher Bedeutung nicht nur für das deutsche Volk. Ich bitte Sie, sich vorzustellen, wie die politische, wie die soziale, wie die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes sein würde, wenn damals dieser Schritt nicht getan worden wäre, wenn damals Parteien anderer Art, auch Parteien konfessioneller Prägung, geschaffen worden wären.

Wir sind damals nicht der Meinung gewesen, eine kirchliche, geschweige denn eine klerikale Partei zu schaffen. Wir waren ganz anderer Auffassung, und diese ist weiter in uns lebendig geblieben: Die Kirchen haben ihre eigenen Aufgaben und die Theologen haben ebenfalls ihre eigenen Aufgaben. Die Menschen, soweit sie politische Tätigkeit ausüben, soweit sie andere von der Richtigkeit ihrer politischen Meinungen zu überzeugen versuchen, sollen sich damit begnügen — und sie begnügen sich damit — zu sagen, daß sie auf dem Boden der gemeinsamen christlichen Grundsätze stehen, und daß sie versuchen wollen, auf Grund dieser christlichen Grundsätze das öffentliche Leben zu gestalten. Es ist nicht so, daß wir für uns in Anspruch nehmen könnten, allein Christen zu sein. Das wäre Vermessenheit. Ich gehe so weit, zu sagen: Christ sein ist etwas Großes und so Schweres, daß man bescheiden sein und sagen sollte: Wir wollen versuchen, Christen zu sein. Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob auch heute noch die Entscheidung von damals als notwendig aufrechterhalten werden muß, um den christlichen Grundsätzen im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen. Wenn ich eines bejahe, dann diese Frage. Als die Christen beider Konfessionen sich zusammenfanden im politischen Raum, hatten wir den Nationalsozialismus und die durch ihn verursachten bitteren Erfahrungen hinter uns. Damals konnten wir nur ahnen, daß uns noch weitere Kämpfe, auch in Form der geistigen Auseinandersetzung, beschieden sein würden. Gott hat uns in diese Zeit hineingestellt, und wir können einer Entscheidung nicht ausweichen. Wir müssen das tun, was die christlichen Grundsätze und das christliche Gewissen von uns verlangen. Ich habe es verschiedentlich ausgesprochen, daß die Zeit noch niemals so gefährlich gewesen sei wie jetzt. Ich denke dabei nicht an den heißen Krieg, ich denke an den großen Kampf, den wir zu kämpfen haben, und den unsere Kinder noch zu kämpfen haben werden, an den Kampf zwischen Materialismus und Christentum.

Wir handeln nicht an Stelle der Kirchen. Wir wissen uns frei von den Kirchen, ebenso wie wir auf die Kirchen nicht irgendwelchen Einfluß oder Druck ausüben. Wir sind Christen und wir haben trotz der Spaltung in Konfessionen so viel Gemeinsames, so viele gemeinsame tiefe Erkenntnisse und so viele gemeinsame tiefe Fundamente, daß wir auf ihnen unser tägliches Leben und auch unsere politische Arbeit getrost aufbauen können. Es hat niemand ein festeres Fundament. Ich teile auch das, was eben über die Toleranz gesagt worden ist. Ich kenne eigentlich nichts Kleinlicheres als Intoleranz, und ich kenne auch nichts, was der Liebe mehr widerspricht als die Intoleranz. Ich bin der Auffassung, daß gerade die christliche Liebe, die das Christentum in erster Linie von den Menschen verlangt, fordert, daß insbesondere Christen einander achten, ehren und lieben. Und wenn man das tut, dann verschwinden alle diese Gegensätze des Tages und schrumpfen zu einem Nichts zusammen gegenüber den großen Problemen, die uns gemeinsam aufgetragen sind.

DROHENDE AUSSENPOLITISCHE GEFAHREN

von Ernst Müller-Hermann, MdB

Deutschland ist auf dem besten Wege, sich zwischen sämtliche Stühle zu setzen, wenn die Außenpolitik der Bundesregierung auf einen Weg gerät, der nicht mit Sorgfalt abgesichert ist. Das ist der Hauptindruck meiner achtwöchigen Informationsreise durch die Vereinigten Staaten.

Die USA stehen in diesen Monaten ganz im Zeichen der Präsidentschafts- und Kongreßwahlen. Eine Änderung der offiziellen US-Außenpolitik wird daher in diesem Jahre kaum eintreten. Ich glaube aber, nach einer Vielzahl von Gesprächen kein falsches Urteil abzugeben, wenn ich sage, daß die Amerikaner bei aller Ablehnung des sowjetischen Regierungssystems weitgehend verständigungs- und koexistenzbereit sind. So sehr sich die Führungsgremien in den USA offensichtlich um eine nüchterne Betrachtung der Lage bemühen, so sehr scheinen mir die breiten Schichten der amerikanischen Bevölkerung gutgläubig und leicht beeinflussbar zu sein.

Wir müssen damit rechnen, daß die Offensive des Lächelns, die von den Sowjets seit einigen Monaten betrieben wird, bei einer geschickten und systematischen Fortsetzung die öffentliche Meinung der USA stark beeinflussen und mit der Zeit die von den Sowjets gewünschte Wirkung ausüben, d. h. die Amerikaner an eine echte Kursänderung der sowjetischen Politik glauben lassen wird.

Wir Deutsche erfreuen uns in den Vereinigten Staaten zweifellos vieler Sympathien, die weitgehend in den Wiederaufbauleistungen der Nachkriegsjahre ihren Grund haben. Es wäre aber falsch, diese Sympathien überzubewerten, zumal sie in außerordentlich starkem, ich wage zu sagen: in überstarkem Maße auf den Bundeskanzler personifiziert sind. Die Anstrengungen, Verständnis für die deutschen Sorgen und Probleme zu wecken, müssen in kluger und geschickter Weise ganz erheblich intensiviert werden.

Die Schärfe der politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik, neuerdings auch bis in die Reihen der Koalition hinein, sowie das Fehlen einer gemeinsamen Außenpolitik von Regierung und Opposition machen außerhalb der deutschen Grenzen einen denkbar schlechten Eindruck und werden in der amerikanischen Presse aufmerksam registriert. Der Streit um die Stationierungskosten und der langsame Aufbau der Bundeswehr werden als Zeichen dafür ausgelegt, daß in der Bundesrepublik eine starke Neigung besteht, sich den internationalen vertraglichen Verpflichtungen zu entziehen.

Die in der politischen Diskussion der Bundesrepublik immer deutlicher werdende Tendenz, über das Thema der deutschen Wiedervereinigung direkte Verhandlungen mit Moskau zu führen, findet in der amerikanischen Öffentlichkeit starke Beachtung. Man stellt dabei besonders den Widerspruch zu den Auffassungen des Bundeskanzlers in den Vordergrund und läßt durchblicken, daß offensichtlich auf den bisher stabilsten und zuverlässigsten Partner in Europa, nämlich die Bundesrepublik, auf die Dauer kein unbedingter Verlaß sei.

Es besteht m. E. gerade bei einer weiteren Aufweichung der öffentlichen Meinung in den USA durch die sowjetische Schönwetteroffensive die große Gefahr, daß die von oppositioneller Seite erhobenen Forderungen auf deutsch-sowjetische Direktverhandlungen denjenigen Kreisen in den USA in die Hände arbeiten, die zu einer weltweiten Verständigung auf dem Rücken Deutschlands geneigt sind.

Bei einer Abkehr der Bundesrepublik von ihren vertraglichen Verpflichtungen erübrigt sich nicht nur eine Vertragstreue der Vereinigten Staaten. Bei etwaigen großzügigen Verständigungsvorschlägen der Sowjets, die zwar nach der bekannten sowjetischen Konzeption das deutsche Problem ausklammern, im übrigen aber für die Westmächte, insbesondere die USA, akzeptabel sein würden, könnten die Amerikaner vielmehr leicht die heute von der Opposition vertretenen Argumente benutzen, um uns Deutsche für das Thema der deutschen Wiedervereinigung mit allen Segenswünschen gänzlich der Gnade der Sowjets auszuliefern. Das aber würde mit Sicherheit den Status quo oder ein Wiedervereinigungsschema ergeben, das mit einer dauerhaften freihheitlichen Existenz nichts gemein hätte. Dazu kommt, daß gerade die neuesten Vorschläge aus den Reihen der Opposition den Sowjets nichts anderes angeraten erscheinen lassen werden, als Zeit zu gewinnen und abzuwarten, ob nicht deutsche Ungeduld und Kurzsichtigkeit ihnen nach der nächsten Bundestagswahl möglicherweise einen Verhandlungspartner bescherten, mit dem sie leichter fertig werden können als mit dem jetzigen.

Die Wiedervereinigungspolitik bedarf gewiß auf der Basis und in eindeutiger Fortsetzung der vom Bundeskanzler vertretenen außenpolitischen Konzeption gründlich vorbereiteter neuer Fühlungen sowie neuer konkreter und konstruktiver Vorschläge, die sich der veränderten sowjetischen Taktik anpassen und allen Beteiligten zumutbar sein könnten. Solche Initiative erfordert jedoch wie unsere gesamte Wiedervereinigungspolitik heute mehr denn je die sorgfältigste vorherige Abstimmung mit den Westmächten, vor allem mit den Vereinigten Staaten — die allerdings erst nach ihrer Präsidentschaftswahl wieder voll aktionsfähig sein werden —, und eine Verankerung in der öffentlichen Meinung des Westens.

Der heutige Wettlauf der Parteien um Wiedervereinigungstheorien mit Blickpunkt auf die nächste Bundestagswahl und unter Außerachtlassung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse und Möglichkeiten kann für uns Deutsche tödlich sein, weil er unsere Freunde irritieren muß und sie leicht in die Lage versetzen könnte, sich ihrer Verpflichtungen uns gegenüber entziehen zu fühlen. Unser Bestreben aber muß gerade sein, die Westmächte unter keinen Umständen aus ihrer Verantwortung für das deutsche Schicksal zu entlassen und zugleich den Sowjets unseren guten Willen auch gegenüber dem Osten klarzulegen, dabei jedoch ebenso deutlich zu machen, daß sie bei Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung mit einer Beruhigung Europas und der Welt nicht rechnen können.

Walzen und Hartguß bis 18t Stückgewicht

liefert in weltbekannter Güte

Herm. IRLE Gesellschaft

mit beschränkter Haftung

Deuz (Krs. Siegen i. W.)